

## AUFSTIEG DER ISLAMISTEN IN NAHOST: ABGRENZUNG UND DIALOG

Das Erstarren islamistischer Bewegungen im Nahen Osten verändert das regionale Machtgefüge und stellt den Westen vor neue Herausforderungen. Mit ihrer Strategie, gemeinsam mit Israel und gemässigten arabischen Regimen die demokratisch gewählte Hamas zu isolieren, werden die USA und die EU der Polarisierung und Radikalisierung in der palästinensischen Bevölkerung kaum Einhalt gebieten. Nachhaltiges Konfliktmanagement erfordert den Dialog aller Parteien. Die europäischen Staaten stehen vor der Schwierigkeit, eine tragfähige Nahostpolitik zu formulieren, die keine neuen transatlantischen Friktionen auslöst.



Anhänger feiern den 19. Jahrestag der Gründung der Hamas, 15.12.2006

Mohammed Salem/Reuters

Die strategische Lage im Nahen Osten ist derzeit durch vier Entwicklungen gekennzeichnet. Erstens ist ein Erstarren verschiedener Islamistenbewegungen zu beobachten. Mit der Hisbollah und der Hamas finden sich zwei Gruppierungen an der nördlichen und südlichen Grenze Israels, die in breiten Kreisen der arabischen Bevölkerung eine wachsende Popularität geniessen. Der Rückzug Israels aus dem Südlibanon und Gaza wird häufig auf ihren militärischen Widerstand zurückgeführt. Auch ihr soziales Engagement in Bereichen wie Bildung und Gesundheit ist in den Augen vieler Araber effizienter als dasjenige mancher arabischer Regime. In den vergangenen Monaten demonstrierte die Hisbollah die Wirksamkeit dieser militärisch-politischen Doppelstrategie, indem sie gegen die israelischen Streitkräfte im

– durch eigene Fehlkalkulationen ausgelöst – Libanonkrieg nicht kapitulieren musste und später mit ihrem Austritt aus der libanesischen Regierung das politische Leben in Beirut lahmzulegen vermochte. Die Hamas ihrerseits übernahm im Frühjahr 2006 nach ihrem überraschenden Erfolg in den palästinensischen Parlamentswahlen die Regierungsverantwortung von der säkularen Fatah-Bewegung von Präsident Abbas, der sie im Juni 2007 auch eine militärische Niederlage in Gaza zufügte.

Im Kern verfolgen die Hisbollah und die Hamas lokale Agenden – trotz ihrer Verbindungen zum Iran. In jüngster Zeit haben aber auch islamistische Gruppierungen im Nahen Osten Fuss gefasst, die der Ideologie der Kaida nahestehen. Zu diesem globalen Kampf gegen den Westen

und die prowestlichen arabischen Regime verpflichteten Milizen gehört etwa Fatah al-Islam, die sich im Juni 2007 in einem palästinensischen Flüchtlingslager blutige Kämpfe mit der libanesischen Armee lieferte und die für den Terroranschlag gegen die Uno-Truppen im Südlibanon (Unifil) verantwortlich gemacht wurde. Ebenfalls dazuzuzählen ist die «Armee des Islam», die im Frühjahr 2007 den westlichen Journalisten Alan Johnston in Gaza entführte. Während solche dschihadistische Einheiten in der schiitischen Hisbollah einen Todfeind sehen, kritisieren sie die sunnitische Hamas für ihre Bereitschaft, am politischen System zu partizipieren.

### Erstarkte Islamisten, geschwächte USA

Zweitens lässt sich eine Schwächung der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten feststellen. Die Irakpolitik der Administration Bush und ihr als unzureichend respektive einseitig wahrgenommenes Engagement im Nahostkonflikt haben die Gestaltungsmöglichkeiten und das Ansehen Washingtons in der Region unterminiert. Gleichzeitig sehen sich prowestliche sunnitische Regime wie Ägypten, Jordanien und Saudiarabien durch den mit dem Sturz Saddam Husseins eintretenden regionalen Aufstieg der Schiiten und vor allem des Iran sowie durch das Erstarren islamistischer Strömungen in ihren eigenen Bevölkerungen bedrängt. Der von ihnen vertretene säkulare arabische Nationalismus ist heute weitgehend diskreditiert, was nicht zuletzt auf das Ausbleiben einer Lösung in der Palästinafrage zurückzuführen ist.

Israel als Hauptverbündeter der USA befindet sich in einer innenpolitischen Krise. Der Libanonkrieg im Sommer 2006 hat die Grenzen eines einseitig auf Hightech-Waffen abgestützten israelischen Vorgehens gegen einen auf asymmetrische Strategien setzenden Gegner aufgezeigt. Zudem hat er das Scheitern der seit 2000 verfolgten Strategie des unilateralen Konfliktmanagements verdeutlicht. Die einseitige Festlegung von Grenzen durch das Errichten einer Sperrmauer und der Rückzug aus Teilen der besetzten Gebiete ohne Absprache mit den Palästinensern hat nicht die erhoffte Stabilität gebracht. Nachhaltige Sicherheit wird nur durch einen Verhandlungsfrieden möglich sein. Die Regierung Olmert ist heute nicht nur aufgrund ihrer Führungsschwäche im Libanonkrieg angeschlagen, sondern auch weil sie bezüglich des Konflikts mit den Palästinensern bisher keine Lösungsperspektiven aufzeigen konnte.

Drittens ist eine zunehmende Überlagerung der Konflikte im Nahen Osten mit den Krisen in der Golfregion erkennbar. Neben vermuteten Verbindungen zwischen den Dschihadisten in Nahost und der Kaida in Irak steht hier der Aufstieg des Iran, der eine anti-amerikanische und antizionistische Agenda verfolgt, im Mittelpunkt. Gemeinsam mit dem verbündeten säkularen Regime Bashar Assads in Syrien, das sich im Unterschied zu Ägypten und Jordanien bisher nicht mit Israel auf einen Friedensvertrag einigen konnte, unterstützt die schiitische Theokratie die Glaubensbrüder der Hisbollah und in zunehmendem Masse auch die Hamas. Manche Kommentatoren interpretierten den Libanonkrieg von 2006 als Stellvertreterkrieg eines Hegemonialkonflikts zwischen den USA und dem nach Nuklearwaffen greifenden Iran. In der Tat dürften weder die USA noch Israel einen Luftangriff gegen die iranischen Nuklearanlagen riskieren, solange die Hisbollah nicht entwaffnet ist.

Als vierte Entwicklung zeichnet sich schliesslich ein Zusammenrücken Israels und «gemässigter» arabischer Regime wie Ägypten und Jordanien sowie, etwas zögerlicher, Saudi Arabien ab. Diese Staaten fühlen sich heute mehr durch den Aufstieg der Schiiten und der islamistischen Extremisten als durch den jüdischen Staat bedroht. Eine Zweckallianz mit Jerusalem hat sich erstmals in der koordinierten Isolierungsstrategie gegen die Hamas nach deren militärischer Machtübernahme in

Gaza im Juni 2007 herausgebildet. Sie dürfte sich vertiefen, falls die Bedrohung durch den Iran zunimmt.

### Westliche Reaktionen auf Hisbollah und Hamas

In ihrer Antwort auf den Aufstieg der Islamisten und die Machtverschiebungen im Nahen Osten decken sich die Positionen der Europäer und der USA je nach Fall in unterschiedlichem Masse. Die Hisbollah wurde von Washington auf die Terrorliste gesetzt, während sie von der EU als Teil des politischen Prozesses akzeptiert wird. Zudem beteiligen sich zahlreiche europäische Staaten, nicht aber die USA, an der Unifil-Friedenstruppe im Südlibanon. Differenzen sind auch in der Politik gegenüber Syrien erkennbar. Obwohl beide Seiten die regionale Rolle Syriens kritisieren, verfolgen die USA eine Strategie der Isolierung, während die Europäer auch auf Dialog und Einbindung setzen. Allerdings hat die EU in Reaktion auf die ungeklärte Rolle Syriens bei der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Hariri die Kontakte stark reduziert und die Unterzeichnung eines Assoziationsabkommens mit Damaskus auf Eis gelegt.

Transatlantischer Konsens herrscht hingegen in der Frage der Haltung gegenüber der Hamas. Die USA und die EU setzen beide auf deren Isolierung und demonstrieren einen Schulterchluss mit der regionalen Anti-Hamas-Allianz. Da es sich bei der Hamas um einen wichtigen Akteur des Nahostkonflikts handelt, ist dieser Entscheidung von grosser Tragweite für die europäische Nahostpolitik. Möglicherweise hat er auch Signalwirkung für die künftige Strategie des Westens gegenüber dem politischen Islam insgesamt. Jedoch scheint zweifelhaft, ob die angestrebte Marginalisierung auch eine Delegitimierung der Islamisten in den Augen der arabischen Bevölkerung bewirken und die Lage im Nahen Osten stabilisieren wird. Stattdessen läuft der Westen Gefahr, zur Polarisierung der Palästinenser und einer weiteren Radikalisierung der Islamisten in Nahost und darüber hinaus beizutragen.

### Folgen der Isolationsstrategie

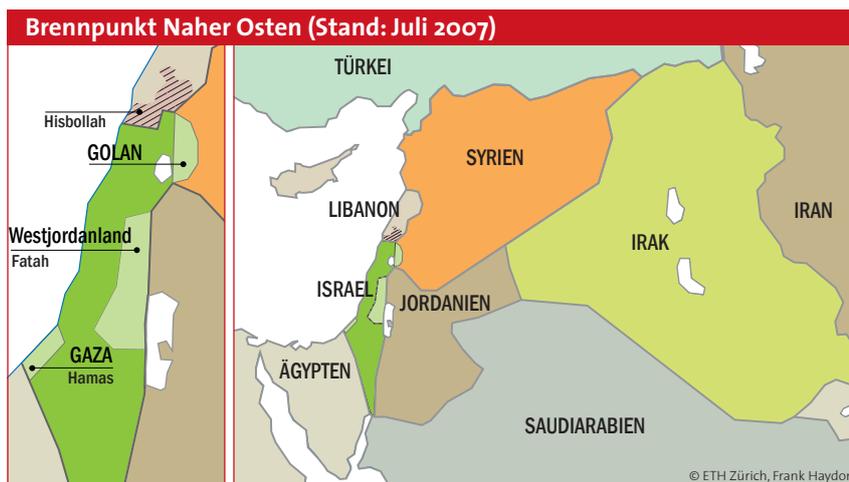
Die EU setzte die Hamas nach einer Reihe von Selbstmordanschlägen 2002/03 auf ihre Terrorliste. Nach dem Wahlerfolg der Hamas im Januar 2006 rückte sie von ihrer traditionellen Politik des Dialogs ab und entschied sich für eine härtere Linie. Zusammen mit den USA und Israel lehnten die Europäer Kontakte zur neuen Regie-

rung ab und versahen diese mit einem finanziellen Boykott. Das Nahost-Quartett, in welchem die EU, die USA, Russland und die Uno seit 2002 ihre Friedensbemühungen koordinieren, forderte von der Hamas die Anerkennung des Existenzrechts Israels sowie aller zwischen der PLO und Israel geschlossenen Verträge und einen Gewaltverzicht als Voraussetzung für eine Wiederaufnahme der finanziellen Hilfe und des Dialogs.

Die negativen Folgen dieser Strategie machten sich rasch bemerkbar. Erstens verlor der Westen weiter an Glaubwürdigkeit in der arabischen Bevölkerung. Trotz ihrer jahrelangen Demokratieforderungen wandten die EU und die USA der in regulären Wahlen siegreichen Hamas als Reaktion auf deren Nichterfüllung der drei Quartett-Bedingungen den Rücken zu. Zweitens resultierte die Isolierung in einem wachsenden Einfluss des Iran auf die Hamas. Drittens schwächte sie dieselben palästinensischen Institutionen, zu deren Aufbau insbesondere die EU massgeblich beigetragen hatte und die der einst die Grundlage für eine Zweistaaten-Lösung darstellen sollen. Schliesslich wirkte sich die Haltung des Westens auch negativ auf die palästinensische Gesellschaft aus, deren humanitäre Not und Militarisierung weiter zunahm.

### Die EU im Korsett des Quartetts

Um der Eskalation der innerpalästinensischen Spannungen Einhalt zu gebieten, einigten sich die Hamas und die Fatah im Frühjahr 2007 auf eine Einheitsregierung. Während die EU daraufhin über eine pragmatischere Interpretation der Quartett-Bedingungen nachzudenken begann, blieben die USA skeptisch und konzentrierten sich stattdessen auf die Stärkung von Abbas' Sicherheitskräften. Die Tatsache, dass die Fatah die Kontrolle über den staatlichen Sicherheitsapparat nach wie vor nicht aufgeben wollte, dürfte zur Entscheidung der Hamas-Milizen beigetragen haben, durch einen militärischen Coup im Juni 2007 die Macht in Gaza an sich zu reißen. Dies wiederum veranlasste Abbas dazu, die Einheitsregierung aufzulösen und eine Notstandsregierung ohne Islamisten unter dem vormaligen Finanzminister Fayyad einzusetzen. Da die Hamas die neue Regierung nicht anerkennt, ist Palästina heute ein Nicht-Staat mit zwei Regierungen, wobei sich der Einfluss Fayyads und der Fatah auf das Westjordanland begrenzt. Indem Abbas den Dialog mit der Hamas abbrach, hat er



zumindest vorübergehend seine Rolle als Präsident aller Palästinenser aufgegeben. Die Legitimität der neuen Regierung ist jedoch begrenzt, suspendierte der Präsident zu ihrer Einsetzung doch die Verfassung und den von der Hamas kontrollierten Legislativrat.

Die EU stellte sich in dieser Situation wieder auf die Seite der Isolationsbefürworter. Diese hoffen, durch eine exklusive und umfassende Unterstützung der Notstandsregierung im Westjordanland die gemäßigten Kräfte der Palästinenser stärken zu können. Ob sich damit jedoch das Ziel einer Delegitimierung der Hamas erreichen lässt, bleibt fragwürdig. Die Liste des vom Westen gestützten Fayyad gewann bei den Wahlen 2006 lediglich 2,4% der Stimmen. Abbas läuft Gefahr, weiter an Zustimmung in der Bevölkerung zu verlieren, sollte sein Schulterschluss mit Olmert und Bush neben Wirtschaftshilfe nicht auch Fortschritte in Richtung eines Rückzugs Israels aus den besetzten Gebieten bewirken. Seine Fatah bleibt innenpolitisch diskreditiert und hat sich vor dem Wahlsieg der Hamas als inkompetente, korrupte Regierungspartei erwiesen. Auch ist zu befürchten, dass die Hamas dem politischen Prozess wieder den Rücken zuwenden und eine neue Terrorwelle auslösen wird, was die Umsetzung allfälliger Abkommen zwischen Abbas und Israel etwa im Bereich grösserer Bewegungsfreiheit verunmöglichen würde.

Als Reaktion auf die anhaltende Ausgrenzung der Hamas ist Alvaro de Soto als Uno-Vertreter des Quartetts zurückgetreten. Er kritisierte dabei, das Quartett sei zu einer Unterstützungsgruppe der USA verkommen und diene mehr dem Management transatlantischer Beziehungen als der Suche nach Frieden in Nahost. In der Tat hat die EU mit dem Quartett, das sie 2001

initiierte, um mehr Einfluss auf die US-Nahostpolitik zu gewinnen, teilweise an Handlungsspielraum in der Region verloren. Obschon in manchen europäischen Hauptstädten Unbehagen gegenüber der Isolierung der Hamas herrscht, überwiegt die Angst vor einem neuen Bruch mit den USA analog zur Irakkrise.

### Flexibilisierung der Strategie

Da ein Schisma in der westlichen Nahoststrategie kontraproduktiv wäre, sollten die Europäer die USA davon zu überzeugen suchen, Dialog nicht länger an Bedingungen zu knüpfen, die realistischerweise erst das Ergebnis von Verhandlungen sein können. Anzustreben wäre eine Flexibilisierung der westlichen Strategie gegenüber den Islamisten im Sinne einer Kombination von Abgrenzung und Dialog. Finanzhilfe an Regierungen mit Beteiligung von Islamisten sollte zwar weiterhin an strikte Bedingungen wie die Anerkennung des Existenzrechts Israels geknüpft werden. Islamistische Bewegungen, die am politischen System partizipieren, sollten aber als diplomatiefähige Konfliktparteien behandelt werden. Ohne Dialog mit der Hamas werden in Nahost kein tragfähiges Konfliktmanagement und kein Frieden zu realisieren sein. Tony Blair als neuer Gesandter des Gesamt-Quartetts könnte durchaus eine Chance für die EU sein, der Administration Bush den Nutzen einer flexibleren westlichen Haltung zu vermitteln – auch wenn er für seine eigentliche Aufgabe in Nahost einen schweren Stand in der arabischen Bevölkerung haben dürfte. Auch mit Syrien drängen sich Gespräche auf. Ein neuer Friedensprozess mit Damaskus würde die Islamisten in Nahost wie auch Teheran schwächen. Diesbezügliche Fortschritte scheinen insofern möglich, als Syriens Streitpunkte mit Israel im Unterschied zu den Palästinensern nicht

auf einen schwer zu schlichtenden Identitäts- und Territorialkonflikt, sondern auf rational lösbare Sicherheitsfragen zurückgehen. Zudem fordern in den USA gewichtige Stimmen eine konstruktivere Syrienpolitik. Schliesslich ist mit Barak im Juni 2007 ein Vertreter der «Syrien-zuerst»-Schule israelischer Verteidigungsminister geworden.

### Die Schweiz als Impulsgeberin

Die Schweiz betreibt eine aktive und eigenständige Nahostdiplomatie. Als einziges westliches Land unterhielt Bern nach dem Hamas-Wahlsieg Beziehungen zur palästinensischen Regierung (Norwegen anerkannte erst die Einheitsregierung). Indem sie beispielsweise die Ausarbeitung eines substantiellen, Israel implizit anerkennenden Entwurfs für ein fünfjähriges Waffenstillstandsabkommen durch eine Hamas-Delegation unterstützte, versuchte die Schweiz, zwischen den Islamisten und Israel Brücken zu bauen. Als Fazilitator hat sie zudem die Aushandlung von wegweisenden Modellabkommen für Friedensverträge zwischen Israel und Palästina (Genfer Initiative) und zwischen Israel und Syrien durch prominente zivilgesellschaftliche Vertreter dieser Staaten ermöglicht. Auch im Libanon war die Schweizer Diplomatie in den vergangenen Monaten sehr aktiv und hat ihre Guten Dienste angeboten. Ihr guter Ruf im Zedernland geht auf die 1980er Jahre zurück, als Bern im damaligen libanesischen Bürgerkrieg die Konfliktparteien nach Genf und Lausanne einlud.

Mit ihrer Strategie des Dialogs kann die Schweiz einer Flexibilisierung der Nahostpolitik westlicher Staaten durchaus Impulse verleihen. Allerdings hätte parallel zu ihrer Diplomatie die Frage einer Schweizer Beteiligung an der Unifil-Mission im Südlibanon eine breitere innenpolitische Diskussion verdient. Umfassende zivilmilitärische Friedensförderung in einer für die Schweiz wichtigen Krisenregion entspräche einer bedrohungsgerechten Sicherheitspolitik, was vergleichbare europäische Staaten wie Schweden, Belgien oder Irland mit ihrem Unifil-Engagement anerkannt haben. Mit der Entsendung von 10 Militärbeobachtern in den Nahen Osten hat die Schweiz der Notwendigkeit militärischer Stabilisierung dieser Region bisher ungenügend Rechnung getragen.

■ Verantwortlicher Editor: Daniel Möckli  
analysen@sipo.gess.ethz.ch

■ Bezug und Mailingliste:  
www.ssn.ethz.ch